

Hallo,

als wir 2016 das erste mal auf Lesbos waren, um No Border Kitchen zu unterstützen, habe ich auch Moria das erste mal gesehen. Mauern mit Stacheldraht, Wachtürme an den Ecken, Flutlicht - Viele viele Menschen. Das Tor war auf - aber von Securitis bewacht.

Seitdem sind 4 Jahre vergangen und in jedem Jahr bis heute, die immer gleichen arlamierenden Schlagzeilen über Moria - mit den immer gleichen Adjektiven wie überfüllt, untragbar oder katastrophal. Und war es schon 2016 krass, so ist die heutige Situation für die Geflüchteten auf der Insel einfach nur noch desaströs.

Moria wurde im November 2015 als sogenannter HotSpot also als Erstaufnahmelager mit einer Kapazität für max. 3000 Menschen errichtet.

Inzwischen leben dort zwischen 20.000 und 22.000 Menschen unter unerträglichen Bedingungen. Und wöchentlich werden es mehr.

Wir alle kennen die Bilder. Aber Bilder können den Hunger, die klamme nasse Kälte und vor allem die dort herrschende zunehmende Hoffnungslosigkeit nur begrenzt wiedergeben.

Dicht an dicht gedrängt sind die Menschen dort in Wohncontainern oder Zelten oder unter Planen untergebracht. Da das Camp schon unfassbar überfüllt ist, campieren zudem Tausende in Zelten rund um das Lager - davon allein 1.500 unbegleitete Kinder unter 12 Jahren.

Es gibt zu wenig bzw. keine sanitären Einrichtungen. Es staut sich der Müll, es stinkt nach Fäkalien weil es

kein Abwassersystem gibt – besonders, wenn es wie zur Zeit - viel regnet Die Menschen in Moria sagen: „Wir werden wie Vieh behandelt, deshalb leben wir in einem Stall“.

Es fehlt einfach an allem. Ein Beispiel zur Verpflegung: die tägl. Ration pro Mensch umfasst:

- zum Frühstück: ein Crossiant**
- Mittag: eine kleinen Portion zumeist Reis mit Bohnen,**
- zum Abendessen: 2 Eier, das wars!**

Das ist nicht nur zu wenig für den Einzelnen/ die Einzelne. Das Essen insgesamt reicht ebenfalls nicht. Und so passiert es täglich, dass viele nach stundenlangen anstehen, überhaupt nichts zu essen bekommen. Konflikte sind so an der Tagesordnung.

An Geld erhalten die bereits registrierten Geflüchteten 90,- EUR im Monat, das sind 3,- EUR am Tag für zusätzliches Essen, dringend benötigte Medikamente, Kleidung, eine Busfahrt oder was es sonst noch braucht. Aktuell beträgt die Wartezeit für Neuankömmlinge, bis sie überhaupt das erste mal Geld erhalten, 4-5 Monate. Viele hungern!

Die Enge, die Kälte, die schlechte Versorgungslage und die miesen sanitären Bedingungen begünstigen Haut-, Bronchial- sowie Magen-Darmerkrankungen sowie ständige Reinfektionen. Ein großer Teil der Menschen braucht dringend eine adäquate medizinische Versorgung.

Aber es gibt nur 4, durch die griechischen Behörden offiziell eingesetzte, Ärzt*innen in Moria. 4 Ärzt*innen für 22.000 Menschen. Ohne die vor Ort aktiven NGO's, würden tausende Menschen überhaupt nicht versorgt werden.

Das Krankenhaus auf der Insel - durch die Maßnahmen der Troika kaputtgewirtschaftet - weigert sich zudem oft Notfallpatienten aus Moria aufzunehmen oder zu behandeln.

Diese desolate Lebenssituation und zum Teil jahrelanges Warten sowie unsichere Bleibeperspektiven führen zu Frustration, Depression und Gewalt. Täglich gibt es Schlägereien, allein im Januar starben 3 Menschen in Folge körperlicher Auseinandersetzungen in Moria.

Besonders Kinder, ohnehin oft von Krieg im Herkunftsland und Fluchterfahrung traumatisiert, leiden so unter einer permanenten Retraumatisierung. Ein Viertel dieser Kinder und Jugendlichen in Moria hat bereits versucht sich umzubringen oder denkt darüber nach. Für diese Kids ist ihre Kindheit längst vorbei.

Wie kann es sein, dass Schutzsuchende so entwürdigend behandelt werden?

Wo sind sie - die oft beschworenen zivilisatorischen Standards, deren sich die europäische Union als Friedensnobel-Preisträgerin rühmt?

Moria ist weder das alleinige Resultat politischer Entscheidungen der jeweiligen griechischen Regierung oder eines Versagens zuständiger Behörden vor Ort:

Moria ist das Ergebnis einer perfiden und gleichzeitig immer brutaleren Abschottungs- und Zermürbungsstrategie der Europäischen Union gegen Schutzsuchende.

- **Es sind die so genannten Dublin-Verordnungen, die den ökonomisch schwächeren Ländern an den europäischen Außengrenzen die gesamte Verantwortung für die Geflüchteten aufnötigen.**
- **Es ist der miese Deal mit einem türkischen Faschisten – der als Kettenhund für die EU, den Geflüchteten die Landrouten versperrt und sie dadurch auf unsichere Boote zwingt.**
- **Es ist die menschenverachtende Politik der sogenannten „feindlichen Umgebung“, bekannt aus Großbritannien als „Home Office hostile environment policy“. Illealisierten Geflüchteten soll, so das ekelhafte Kalkül, der Aufenthalt in der EU unerträglich gemacht werden, damit sie diese - vermeintlich freiwillig - schnell wieder verlassen. Zudem soll es als Abschreckung für Neuankömmlinge dienen.**
- **Es sind die permanenten Gesetzesverschärfungen gegen Geflüchtete**
- **Und es sind Entscheidungen wie die, 500 Mill für einen schwimmenden Zaun zur Flüchtlingsabwehr zu investieren oder Neuankömmlinge in Zukunft sofort zu inhaftieren**

All das und nicht zu vergessen, auch das Agieren der EU in Libyen, die illegalen Push-Backs in der Ägaes, auf dem Mittelmeer oder an den südost-europäischen Außengrenzen, das massenhafte Einknasten Geflüchteter als vermeintliche Schlepper setzen de facto – versteckt hinter kaltem Formalismus -

die allgemeine Erklärung der Menschenrechte der vereinten Nationen und die Genfer Flüchtlingskonvention außer Kraft.

Für die Geflüchteten ohne die – im Sinne kapitalistischer Verwertungslogik - richtigen Papiere verbinden sich somit die funkelnden Sterne der Hoffnung auf der Fahne der europäischen Union nur noch zu einem Stacheldraht. Ob in Moria, auf den Straßen Italiens oder an den Europäischen Außengrenzen.

All das ist bekannt.

Und trotz der niedrigen Bedingungen organisieren sich auch auf Lesbos immer mehr Geflüchtete – im Kampf um Würde, Anerkennung und Respekt. Im Januar haben Frauen und Kinder in Mytelini, der Inselhauptstadt demonstriert. Auch vor wenigen Tagen, gab es wieder Demonstrationen. Es sind diese Kämpfe, die wir unterstützen müssen.

Aktuell kreist die politische Debatte hierzulande darum, ob nicht wenigstens die unbegleiteten Kinder und Jugendlichen die Insel verlassen dürfen. Viele dieser Kinder haben Familienangehörige auch in Deutschland.

Sieben Bundesländer und mindestens 15 Kommunen haben sich für eine Aufnahme der Kinder und Jugendlichen ausgesprochen, doch das Bundesinnenministerium mauert. Konzessionen an ein rassistisches Wählerpotential werden wichtiger genommen, als universelle Menschenrechte.

Doch die Aufnahme und Familienzusammenführung unbegleiteter Kinder ist ebend kein Gnadentakt, sondern ein Rechtsanspruch.

Wir fordern auch vom Hamburger Senat ein deutliches Bekenntnis zur Unterstützung dieser Initiative und nicht nur Sonntagsreden oder wahlkampfaktische Betroffenheitsgesten.

Wir haben nicht vergessen, wie vor einigen Jahren, Ex-Bürgermeister Scholz mit dem Hinweis auf die Zuständigkeit des Bundesinnenministeriums kalt grinsend, die Forderungen von *Lampedusa für Hamburg* nach einem Aufenthaltsrecht ausgesessen hat.

Das darf sich nicht wiederholen!

Wir unterstützen deshalb die Forderungen der *Hamburger Seebrücke* zur Bürgerschaftswahl

- 1. Zustimmung Hamburgs zur Bundesratsinitiative zur Änderung des § 23.1 Aufenthaltsgesetz, um eigenständige Landesaufnahmeprogramme zu ermöglichen.**
- 2. Evakuierung von mindestens 5.000 Menschen aus den libyschen Internierungslagern und deren Aufnahme in Hamburg**
- 3. Gruppenbleiberecht nach § 23.1 auch für „Lampedusa in Hamburg“ und andere Gruppen von geflüchteten Menschen, die bereits in unserer Stadt leben**
- 4. Schließung der menschenunwürdigen Zentralen Erstaufnahme in Hamburg, stattdessen schnellstmögliche dezentrale Unterbringung und keine**

Beteiligung am geplanten Abschiebegefängnis in Glückstadt

**Auch Moria und alle andern europäischen Hotspots
müssen sofort geschlossen werden. Die dort lebenden
Geflüchteten müssen dezentral, menschenwürdig mit
Zugang zu medizinischer Versorgung und Bildung
untergebracht werden. Familien müssen wieder
zusammengeführt werden.**

**Diese Forderungen können aber nur der Anfang sein –
eine Gesellschaft freier Menschen das Ziel**